



GERECHTIGKEIT STÄRKEN

Arbeitsprogramm des DGB Baden-Württemberg
auf dem Weg ins Jahr 2030



Wir stehen für lebenswerte Kommunen, für eine starke Industrie mit sicheren Arbeitsplätzen.
Wir stehen für Demokratie und Zusammenhalt. Mit unserer ganzen Kraft stellen wir uns entschlossen gegen
Menschenfeindlichkeit und Rechtsextremismus.

Wir sind der DGB Baden-Württemberg.

Auf der 23. Ordentlichen Bezirkskonferenz im Januar 2026 haben wir gemeinsam die Weichen für
ein gerechtes Baden-Württemberg gestellt. Die 100 Delegierten aus den 8 Gewerkschaften haben
intensiv miteinander diskutiert und sich auf gemeinsame Positionen verständigt.

Dies zeigt: Gewerkschafterinnen und Gewerkschaften stehen zusammen.
Gerade in Zeiten wie diesen lassen wir uns nicht spalten.

Hier dokumentieren wir den von der DGB Konferenz beschlossenen Antrag:
**Gerechtigkeit stärken – Demokratie verteidigten – gute Arbeit schaffen –
Arbeitsprogramm des DGB Baden-Württemberg auf dem Weg ins Jahr 2030**

*Für ein gerechtes Baden-Württemberg.
Das ist unser gemeinsamer Auftrag.
Solidarität gibt uns Kraft.*

Kai Burmeister
Vorsitzender DGB Baden-Württemberg

Maren Diebel-Ebers
Stellvertretende Vorsitzende DGB Baden-Württemberg

Baden-Württemberg steht vor immensen Herausforderungen: wirtschaftlich, ökologisch und sozial. Die Menschen verlangen Antworten auf die Megathemen Klimakrise, Digitalisierung und den wieder erstarkten Rechtsextremismus. Unsere Demokratie wird von Rechtsextremisten, wie von libertären Tech-Giganten, unter Beschuss genommen. Demokratie zu schützen und zu stärken ist eine der vordringlichsten Aufgaben, die wir als Gewerkschaftsbewegung haben. Denn nur auf einem demokratischen Fundament werden wir die übrigen Herausforderungen bewältigen. Eine stabile Demokratie und eine Wirtschaftsordnung, in der die Menschen im Mittelpunkt stehen, sind die beiden Säulen unserer Gesellschaft. Diese Säulen gilt es zu festigen und weiter zu demokratisieren.

Gegenwärtig rollt über die Industrie im Land eine bedrohliche Abbauwelle. Allein in der Autoindustrie, dem industriellen Rückgrat, sollen nach den Plänen des Managements Zehntausende Arbeitsplätze wegfallen. Doch der Abwärtstrend betrifft auch andere Branchen. Er löst bei vielen Beschäftigten berechtigte Ängste und Unsicherheiten aus.

Das jahrzehntelang sehr erfolgreiche Exportmodell der baden-württembergischen Wirtschaft funktioniert angesichts geopolitischer Dynamiken nicht mehr wie früher. Es muss grundsätzlich neu aufgestellt werden: mit Blick auf neue Märkte, neue Produkte und Dienstleistungen. Baden-Württemberg braucht eine wirtschafts- und industriepolitische Roadmap, genauso wie ein Leitbild für einen handlungsfähigen Staat und eine verlässliche Daseinsvorsorge, für alle hier lebenden Menschen.

Die ökonomische Krise ist eng verwoben mit einer gesellschaftlichen, die inzwischen das Fundament unseres Zusammenlebens berührt. Aufstiegsversprechen, wie sie vor wenigen Jahrzehnten noch gegolten haben, sind für viele Menschen – selbst mit guter Ausbildung - unerfüllbar geworden. Wohlstand, durch eigene Arbeit zu erlangen, wird aus vielen Gründen immer schwieriger: gravierenden Mängeln im Bildungssystem, das Kinder aus ärmeren Haushalten deutlich benachteiligt, ebenso wie hohe Miet- und Pendelkosten, fehlende Kinderbetreuungsmöglichkeiten, befristeten Arbeitsverhältnissen und sinkenden Rentenansprüchen. Hinzu kommt: Vieles in unserem Land funktioniert nicht mehr richtig – exemplarisch steht hierfür die Krise der Deutschen Bahn. Das Versagen eines funktionierenden Alltags ist auch Ursache dafür, dass sich Menschen enttäuscht von den demokratischen Parteien abwenden.

Diese Entsolidarisierung wird durch neoliberale und rechtspopulistische Kräfte verstärkt. Sie hämmern den Menschen ein, der Sozialstaat müsse radikal zurück gebaut werden, Sozialabbau bei den Schwächsten sei unumgänglich, geschlossene Grenzen alternativlos. Rechtsextreme Rhetorik, offene Feindseligkeit gegenüber Menschen mit Migrationshintergrund, Chauvinismus und Sexismus sind wieder salonfähig geworden.

Auf TikTok können rechte Hetzer zu Meinungsführern werden. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk und die Tageszeitungen haben die Deutungshoheit über relevante, aber komplexe Themen verloren. Die Fähigkeit, Argumente auszutauschen und gemeinsam Standpunkte zu erarbeiten, nimmt ab. Oft fehlt es auch am Willen zum Diskurs. Doch ohne sachlichen Diskurs kein demokratischer Kompromiss.

All diese Entwicklungen fordern uns Gewerkschaften heraus – neben unseren eigenen organisationspolitischen Themen wie der demografischen Herausforderungen. Wir sind uns unserer Verantwortung bewusst, auch in stürmischen Zeiten eine starke, solidarische Stimme der Beschäftigten zu sein. Unsere große Aufgabe liegt darin, als große demokratische, integrative und parteipolitisch unabhängige Kraft Menschen aus verschiedensten Kontexten zu organisieren und ihre Interessen in den Betrieben und Verwaltungen sowie darüber hinaus zu vertreten.

1) Rahmenbedingungen unserer Arbeit

Gewerkschaften stärken die Demokratie und ermöglichen Mitbestimmung am Arbeitsplatz

Wir sind die große demokratische Kraft in diesem Land. Unsere Mitgliedsgewerkschaften vereinen mehr als 760.000 Menschen in Baden-Württemberg – viel mehr als alle Parteien zusammen. Die Interessen der Gewerkschaftsmitglieder sind der Leitfaden unseres Handelns. Unser Verständnis von Gesellschaft und Demokratie ist umfassend, inklusiv

und solidarisch. Wir schließen alle ein, die sich zu Freiheit, Menschenrechten und Demokratie als Fundamente unseres Zusammenlebens bekennen. Soziale Gerechtigkeit, Chancengleichheit, Recht auf politisches Asyl und subsidiären Schutz, die Rechte von Frauen und Minderheiten stärken, Vielfalt respektieren: das ist unser Leitbild für eine lebendige Demokratie und ein friedliches Zusammenleben.

Wir verstehen abhängig Beschäftigte als Bürgerinnen und Bürger am Arbeitsplatz – und ermutigen sie, entsprechend im Betrieb aufzutreten: solidarisch und mit der Unterstützung eines Betriebs- und Personalrates oder einer Mitarbeitendenvertretung und unseren Gewerkschaften. Mitbestimmung im Betrieb ist gelebte Demokratie. Alle wählen im Betrieb eine demokratische Interessenvertretung, um gemeinsam mehr zu erreichen. Die Demokratie im Betrieb schließt per Gesetz niemanden aus. Umso wichtiger ist es, Mitbestimmung in allen Betrieben und Dienststellen zu verwirklichen: Betriebe ohne Betriebsrat sind Betriebe ohne demokratische Mitbestimmung.

Die Arbeitswelt verändert sich tiefgreifend: durch Digitalisierung, KI, die Demographie, internationale Konflikte und den Umbau der Wirtschaft hin zur Klimaneutralität. Deshalb ist Mitbestimmung elementar wichtig. Denn nur dank der Mitbestimmung am Arbeitsplatz und auf Unternehmensebene können die Beschäftigten mitgestalten. Die Anliegen der Beschäftigten müssen gehört werden – auch bei strategischen Fragen wie Investitionen, der Einführung von KI und

Qualifizierungsmaßnahmen. Hierbei setzen wir uns für diskriminierungsfreie KI-Entwicklung, insb. weibliche Perspektiven betreffend, ein. Über das Gehörtwerden hinaus braucht es mehr Mitsprache und Mitentscheidungsrechte. Hierfür muss die betriebliche Mitbestimmung weiterentwickelt werden. Betriebsverfassungs- und Personalvertretungsgesetz brauchen dringend ein Update und eine Stärkung der Mitbestimmungsrechte. Union Busting betrachten wir als Angriff auf demokratische Grundrechte und unsere Verfassung.

Wir treten für eine starke Demokratie und mehr demokratische Gestaltung ein – im Alltag und am Arbeitsplatz.

Gute Arbeit stärken und starke Wirtschaft in Baden-Württemberg sichern

2030 wollen wir in einem wirtschaftlich starken und sozial gerechten Baden-Württemberg leben:

mit guten Arbeitsplätzen, einer wettbewerbsfähigen Industrie, einer gut funktionierenden Daseinsvorsorge und einem leistungsfähigen Bildungssystem. Betriebe und Beschäftigte brauchen Perspektiven, wie die Megathemen Dekarbonisierung, Digitalisierung und Demographie angepackt werden können. Wir kämpfen für gute Beschäftigung für alle im Land und stellen uns einer De-Industrialisierung entgegen. Damit unsere Industrie innovativ bleibt und die Investitionen an den heimischen Standorten stattfinden. Wir machen Vorschläge, wo neue Arbeitsplätze entstehen können und wie die Beschäftigten für die Arbeit von morgen qualifiziert werden können. Wir wollen neue Branchen und Leitmärkte in Baden-Württemberg rund um Zukunftstechnologien, neue Mobilitätslösungen, Cleantech, KI, industrielle Gesundheitswirtschaft u.a. fördern und so Arbeitsplätze stärken und neue schaffen.

Tarifverträge und Mitbestimmung sind notwendige Voraussetzungen für gute Arbeit. Wer mit Tarifvertrag arbeitet, hat mehr Geld in der Tasche, deutlich kürzere Arbeitszeiten und mehr Urlaub als Kolleg*innen in tariflosen Betrieben. Auch der Gender Pay Gap ist in tarifgebundenen Betrieben deutlich kleiner. Allerdings arbeitet in Baden-Württemberg nur noch jeder/jede zweite Beschäftigte unter dem Schutz eines Tarifvertrages. Tariffucht durch Arbeitgeber*innen stellen wir uns entgegen. Von mehr Tarifbindung profitieren alle – durch höhere Steuereinnahmen und mehr Geld für die Sozialversicherungen. Wir streiten für sichere und gute Arbeit, gegen die Entgrenzung von Arbeitszeiten, und sichern und erneuern Wirtschaftsstrukturen.

Gutes Leben und ein solidarisches & soziales Baden-Württemberg stärken

In Baden-Württemberg leben mehr als elf Millionen Menschen – Tendenz steigend. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ist in den vergangenen Jahren auf fast fünf Millionen geklettert. Der durchschnittliche Vollzeitverdienst liegt bei rund 4.900 Euro brutto im Monat. Gleichzeitig ist dennoch jede/r Achte von Armut betroffen. Armut verfestigt sich, insbesondere Altersarmut wird zu einer gesellschaftlichen Zeitbombe. Das Aufstiegsversprechen ist brüchig geworden. Von Armut und Abstiegsängsten profitieren auch rechtspopulistische und rechtsextreme Parteien.

Als DGB setzen wir uns für mehr Gerechtigkeit in Baden-Württemberg ein. Einkommen und Vermögen müssen gerechter verteilt werden. Unsere nach der letzten DGB-Bezirkskonferenz gestartete Kampagne BWGERECHT.JETZT wollen wir fortführen. Gerecht geht es zu, wenn sich Menschen unabhängig von ihrer Herkunft etwas aufbauen können: einen Beruf ergreifen können, der ihren Bedürfnissen entspricht, und sich beruflich

fortentwickeln können, eine Familie gründen, bezahlbaren Wohnraum finden, Zeit für ein Ehrenamt haben und gesund und ohne finanzielle Sorgen alt werden.

Dafür brauchen wir einen Sozialstaat genauso wie eine verlässliche und moderne öffentliche Infrastruktur: von der Versorgung mit Krankenhäusern und Medizinischen Versorgungszentren, gut ausgebauten und verlässlichen Kitas, Schulen, die baulich, pädagogisch und personell auf der Höhe der Zeit sind, über einen gut ausgebauten und bezahlbaren ÖPNV und Glasfasernetzen für schnelles Internet in den Städten und auf dem Land bis hin zu hochwertigen Bildungseinrichtungen. Baden-Württemberg ist ein wirtschaftlich leistungsstarkes Land. Doch die staatlichen Investitionsrückstände stehen in einem deutlichen Widerspruch zur Wirtschaftskraft.

Mit der richtigen politischen Weichenstellung kann der Investitionsstau aufgelöst werden. Die nötigen Mittel für die sozial-ökologische Transformation, für eine bessere Daseinsvorsorge und für mehr Bildungsgerechtigkeit können mit dem notwendigen politischen Willen mobilisiert werden. Es braucht deshalb von den politischen Parteien ein echtes Bekenntnis für mehr Gerechtigkeit für alle. Wir wollen eine gerechte Steuerpolitik und eine investitionsfreundliche und grundsätzliche Reform der Schuldenbremse im Südwesten.

Das Fundament für eine starke Wirtschaft ist ein leistungsfähiger und gut ausgestatteter öffentlicher Dienst. Da gibt es viele Baustellen – von der Personalbemessung über die Einführung von unterstützender KI bis zur Frage nach der gerechten Bezahlung. Unser Gemeinwesen funktioniert nur mit guten Arbeitsbedingungen und ausreichend Fachkräften im öffentlichen Dienst. Das gilt für das Gesundheitswesen genauso wie für Polizei, Bildung und für die gesamte Verwaltung. Wir haben die Konzepte, wie der öffentliche Dienst für die Bürgerinnen und Bürger leistungsstark und für die Beschäftigten attraktiv gemacht werden kann.

Wir wollen mehr soziale Gerechtigkeit für alle.

2) Unseren Auftrag umsetzen

Unser DGB als starke Interessenvertretung gegenüber der Politik

Wir sind eine starke und hörbare Lobby für gute Arbeit und ein gerechtes Baden-Württemberg. Die Vertreter*innen der Landesregierung und der demokratischen Fraktionen im Landtag sind die wesentlichen Ansprechpartner*innen für uns. Deshalb pflegen wir einen intensiven Austausch mit der Landesregierung, Landtags- und Bundestagsabgeordneten und Vertreter*innen der demokratischen Parteien. Wir sind auf den Parteitag präsent, informieren über die betriebliche Realität und den Arbeitsalltag, wir bringen Politik mit Betriebs- und Personalräten zusammen. Kurzum: Wir stehen im engen Austausch mit politischen Entscheider*innen, um Arbeitstage für alle besser zu machen.

Zentrale Aufgaben sind der Erhalt und die Schaffung von Arbeitsplätzen, die Stärkung von Aus- und Weiterbildung und Betreuungsinfrastruktur zur Fachkräftesicherung, mehr

Tarifbindung, der Umbau von Wirtschaft, Daseinsvorsorge und Energieversorgung hin zu Klimaneutralität sowie höhere öffentliche Investitionen und gesellschaftliche Resilienz gegenüber Krisen. Darüber hinaus organisieren wir die Übertragung von Tarifiergebnissen auf die Beamt*innen im Land. Die gewerkschaftlich Aktiven in den Kommunalparlamenten wollen wir miteinander vernetzen.

Neben der Verankerung im Betrieb ist für den gewerkschaftlichen Einfluss die Vernetzung mit der Wissenschaft wichtig, um die Interessen der Beschäftigten wirksam vertreten zu können. Die Kooperationsstelle Wissenschaft und Arbeitswelt an der Universität Tübingen ist hierfür ein wichtiger Partner und wir wollen die Vernetzung in die Welt der Wissenschaft stärken.

Angesichts des Krieges in Europa, der Bündnisverpflichtungen Deutschlands und des legitimen Rechts der Ukraine auf Selbstverteidigung, betonen wir die Notwendigkeit einer verantwortungsvollen Sicherheits- und Friedenspolitik. Der DGB Baden-Württemberg setzt sich weiterhin für den Vorrang der Diplomatie und ziviler Konfliktlösung ein, dies jedoch aus einer Position der eigenen Stärke und internationalen Solidarität heraus. Wir erkennen an, dass die aktuelle internationale Lage neue Herausforderungen stellt und es innerhalb des DGB Baden-Württemberg eine vielfältige Debatte über die besten Wege zur Friedenssicherung gibt, für die wir weiterhin gemeinsam um gute Positionen ringen werden.

Dabei bekräftigen wir unsere Kernforderungen: Keine Aufrüstung auf Kosten notwendiger Investitionen in unsere Infrastruktur und eine starke Sozialpolitik; die Mittel für Sicherheit dürfen nicht zulasten der Daseinsvorsorge, der Bildung oder des sozialen Zusammenhalts gehen. Keine öffentlichen Aufträge im Verteidigungsbereich an Unternehmen ohne Tarifbindung. Für eine informierte und breite Meinungsbildung fordern wir eine offene und umfassende sicherheits- und friedenspolitische Debatte auf allen gesellschaftlichen und politischen Ebenen, an der sich auch die Gewerkschaften aktiv beteiligen.

Wir stärken unsere Öffentlichkeitsarbeit und unsere Kampagnenfähigkeit

In der Öffentlichkeits- und Kampagnenarbeit zeigen wir: Wir bieten Lösungen für die Beschäftigten, wir setzen konkrete Verbesserungen durch und verfolgen unsere politischen Ziele mit Nachdruck – selbstbewusst als Gewerkschaftsbewegung und im Bündnis mit Anderen. Wer sich bei uns einbringen will, ist herzlich willkommen. Gemeinsam erreichen wir mehr – und haben Freude am politischen Engagement.

Unsere Öffentlichkeitsarbeit umfasst die klassische Medienarbeit sowie die Kommunikation mit unseren Bündnispartner*innen, der Politik und der interessierten Öffentlichkeit. Mit unseren Social-Media-Kanälen sprechen wir die jeweiligen Zielgruppen an und kommunizieren direkt mit ihnen. Unsere Internetseite bw.dgb.de bleibt unsere digitale Visitenkarte.

Um als DGB Baden-Württemberg mit einer Stimme zu sprechen und noch besser als die politische Stimme für die Beschäftigten im Land wahrgenommen zu werden, wollen wir unsere Aktivitäten in der Öffentlichkeits- und Kampagnenarbeit stärker miteinander verzahnen und bündeln. Die Kampagne fair delivery wollen wir fortführen, um prekäre Arbeitsbedingungen und Ausbeutung in der Paketzustellung zu überwinden.

Wir verteidigen unsere Demokratie und sind vernetzt in der Zivilgesellschaft

Mit Sorge sehen wir die wachsenden antidemokratischen Tendenzen in unserer Gesellschaft und eine Hinwendung zu autoritären Macht Strukturen in ganz Europa. Demokratie, Solidarität und freie Entfaltungsmöglichkeiten für alle gehören für uns untrennbar zusammen. Wir nehmen den Auftrag aus unserer Satzung ernst: Der DGB tritt für die weitere Demokratisierung von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft ein. Wir setzen uns ein für Ausbau und Sicherung des sozialen und demokratischen Rechtsstaates und seiner freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Wir stehen für Vielfalt.

Als Gewerkschaftsfamilie und gemeinsam mit Bündnispartnern streiten wir für eine lebendige Demokratie. Wir sind ein wichtiger Partner im *Bündnis für Demokratie und Menschenrechte Baden-Württemberg* und sind in mehreren regionalen Ablegern des landesweiten Bündnisses aktiv. Vor Ort ist der DGB mit seinen Gewerkschaften eine tragende Säule zahlreicher lokaler Bündnisse gegen Rechts.

Wir werden unser Engagement in Bündnissen zur politischen Bildung und gegen Rechtsextremismus verstärken. Es darf keine Normalisierung von rechtsextremen Positionen in Politik und Gesellschaft geben. Mit der AfD gibt es für uns keine Zusammenarbeit. Ihr politisches Programm richtet sich gegen Beschäftigte, Gewerkschaften und unsere Demokratie.

Wir unterstützen die Gewerkschaften bei ihrer politischen Bildungsarbeit und nutzen unsere eigenen Formate, um über die Gefahren des Rechtsextremismus und die Verbrechen der NS-Diktatur aufzuklären. Wir sind überzeugt, dass eine soziale Politik und ein starker Sozialstaat das beste Mittel sind, um dem Rechtspopulismus und -extremismus den Nährboden zu entziehen. In diesem Sinn wirken wir auf die demokratischen Parteien ein.

Der DGB im Wandel

Im Oktober 2024 ist der Deutsche Gewerkschaftsbund 75 Jahre alt geworden. In diesem dreiviertel Jahrhundert hat er sich stark gewandelt – und wird es auch künftig mehr denn je tun müssen. In Baden-Württemberg haben wir den Anspruch, immer wieder neue organisationspolitische Impulse für den gesamten DGB zu setzen. Gerade in einer alternden Gesellschaft, einer sich rasant wandelnden Arbeitswelt und einer älter werdenden Mitgliedschaft wollen wir unsere gewerkschaftliche Mächtigkeit sichern. Wir wollen und müssen schneller, anpassungsfähiger und sichtbarer werden. Dem DGB-Bezirksvorstand kommt die Aufgabe zu einen grundsätzlichen Erneuerungs- und Reformprozess anzustoßen, sowie entsprechende Vorschläge entlang dieser Zielstellung

zu unterbreiten: Wir schaffen zeitgemäße Strukturen und Prozesse, damit wir auch im Jahr 2030 eine wirkungsmächtige Organisation sind. Dies tun wir im engen Austausch mit unseren acht Mitgliedsgewerkschaften. Gleichzeitig soll der DGB ein attraktiver Arbeitgeber bleiben, dem Kreativität und Eigenverantwortlichkeit der Beschäftigten wichtig ist.

3) Mach Dich stark mit uns - der DGB als demokratische Mitmachorganisation

Aktives Ehrenamt

Unser Ehrenamt macht uns als DGB Baden-Württemberg stark. Unsere ehrenamtlichen Kolleginnen und Kollegen engagieren sich nicht nur in den 37 Kreis- und Stadtverbänden. Ehrenamtlich sind wir auch in der Selbstverwaltung der Sozialversicherungen aktiv. Ebenso in der Handwerkskammer, bei den Arbeits- und Sozialgerichten, in der Senior*innenarbeit und bei der grenzüberschreitenden Gewerkschaftsarbeit. Auch engagieren sich Kolleginnen und Kollegen ehrenamtlich im Bezirksfrauenausschuss und im Bezirksjugendausschuss.

Nur durch das Ehrenamt ist der DGB Baden-Württemberg in der Fläche des Landes sichtbar – beim 1. Mai, beim Internationalen Frauentag und bei unseren politischen Aktionen für mehr Gerechtigkeit auf den Straßen und Plätzen im Land. Wir wollen das Ehrenamt stärken.

Verankert in den Regionen

Als DGB Baden-Württemberg wollen wir landesweit präsent, aktiv und ansprechbar sein. Damit wir unsere Kapazitäten effektiv einsetzen, müssen wir jedoch klären, an welchen Standorten wir mit Büros und hauptamtlichen Kolleginnen und Kollegen vertreten sein können. Diesen Prozess wollen wir mit den Mitgliedsgewerkschaften gemeinsam angehen.

Wir verstehen uns als unterstützende Kraft für die Gewerkschaften vor Ort. Umgekehrt brauchen wir auch die Unterstützung der Gewerkschaften, um erfolgreiche Kampagnen durchführen zu können. Die Vernetzung von Betriebs- und Personalräten über Branchengrenzen hinaus ist eine wichtige Aufgabe für die regionale Arbeit des DGB, die u.a. zum Gelingen der Transformation beitragen kann.

Gewerkschaftliche Jugend- und Studierendenarbeit stärken

Die gewerkschaftliche Jugendarbeit ist ein wichtiger Pfeiler für die gesamte Gewerkschaftsbewegung. Die DGB-Jugend hat die Aufgabe, junge Menschen für gewerkschaftliche Ziele zu begeistern und sich aktiv einzubringen. Sie unterstützt die Gewerkschaften bei Ansprache von jungen Beschäftigten.

Die Hauptzielgruppen der DGB-Jugend sind Auszubildende und Studierende. Diese sollen über ihre Rechte und die Bedeutung der Gewerkschaften in Ausbildung und Studium informiert werden. Die DGB-Jugend spricht junge Menschen gezielt dort an, wo sie sich aufhalten: In den beruflichen Schulen, an den Hochschulen und in den sozialen Medien. Die erfolgreiche Berufsschultour wird fortgesetzt und weiterentwickelt.

Die Studierendenarbeit der DGB-Jugend ist ein wichtiger Teil der politischen Bildungsarbeit: Wir informieren Studierende über ihre Rechte und die Bedeutung von Gewerkschaften in der Arbeitswelt. Die Studierendenarbeit der Mitgliedsgewerkschaften und der DGB-Jugend sind eng miteinander verzahnt. Die Präsenz an Hochschulen bauen wir gemeinsam aus.

Auch auf politischer Ebene sind wir eine hörbare Stimme für die Interessen junger Menschen. Die DGB-Jugend meldet sich eigenständig zu Wort und trägt Themen wie beispielsweise junges Wohnen / Azubi-Wohnen in die Öffentlichkeit. Die Kampagnen „junges Wohnen“ des DGB wird fortgesetzt.

Das DGB-Jugendcamp in Markelfingen ist ein wesentlicher Ort für die gewerkschaftliche Jugendarbeit. Mit dem Neubau des Camp-Gebäudes und der konzeptionellen Neuaufstellung des Camps stärken wir unsere gewerkschaftliche Jugendarbeit.

DGB-Frauen machen sich stark für die Gleichstellung der Geschlechter

Das Bekenntnis zur Gleichberechtigung aller Menschen gehört zu unseren Grundwerten. Da Frauen immer noch strukturell in Gesellschaft und Arbeitswelt benachteiligt sind, legen wir mit der DGB-Frauenarbeit einen besonderen Fokus auf Gleichstellung.

Die DGB-Frauen sind mit eigener Stimme im Bezirksvorstand vertreten. Auf der Bezirksfrauenkonferenz im Juni 2025 haben die DGB-Frauen die Weichen für eine erfolgreiche Gleichstellungsarbeit in den kommenden Jahren gestellt und Anforderungen an die Gewerkschaftsarbeit formuliert.

Wir setzen uns ein für geschlechtergerechte Zugänge zur Arbeitswelt, Entgeltgleichheit, gerechte Karrierechancen und eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in Wirtschaft und Politik. Eine verlässliche Kinderbetreuung, gerechte Verteilung von unbezahlter Care-Arbeit und Arbeitszeiten, die zum Leben passen, sind ein wesentlicher Schlüssel dafür. Geschlechtergerechte Verhältnisse machen das Leben für alle besser.

Deutscher
Gewerkschaftsbund
Baden-Württemberg

DGB



BWGERECHT